

Der etwas andere Tarifabschluss – auch in Bremen

Die Tarifrunde zum TV-L für die rund 1,1 Mio. Beschäftigten der Länder ist mit einem ungewöhnlichen Ergebnis zu Ende gegangen. Der im dritten Verhandlungstermin am 29. November 2021 zwischen der TdL und den Gewerkschaften gefundene Kompromiss sieht eine hohe Einmalzahlung, eine weit ins nächste Jahr geschobene Tabellenerhöhung und zahlreiche Steigerungen nur bei den Zulagen im Pflegebereich vor. Materielle Tarifänderungen gibt es keine. Das umstrittene Thema der „Definition des Arbeitsvorgangs“ wurde von uns Gewerkschaften abgewehrt. Etwas anders ist der Tarifabschluss aber auch, weil seine Übernahme insbesondere für Versorgungsempfänger:innen Probleme bereitet.

Lüder Fasche

Das Echo auf den Tarifabschluss war unter den Betroffenen der GdP im Land Bremen unterschiedlich. Was alle vereinte: Begeisterung kam nirgendwo



Foto: GdP Bremen

Aus der letztjährigen „To-do Liste“ wurde bei der DGB-Tannenbaumaktion eine „Forget-Liste“ für Staatsrat Martin Hagen (Grüne). Noch gar nicht darauf, aber ein großes Thema bei der GdP-Übergabe an ihn: die vollständige Übernahme des Tarifergebnisses auch für Versorgungsempfänger:innen

auf. Insbesondere die unteren Lohngruppen trösten sich mit der sogenannten Corona-Prämie über die eher magere prozentuale und stark verzögerte Erhöhung gut hinweg. Unter den Polizeivollzugsbeamten wird die mutmaßlich gleiche Prämie dann schon als ein eher noch viel zu zartes Zeichen der Wertschätzung gesehen. Doch echte Verlierer dieses Abschlusses sind die Versorgungsempfängenden. Wenn die Bremer Politik nicht zur Besinnung kommt, werden sie für 14 Monate von der Einkommensentwicklung abgekoppelt. Wahnsinn.

Als GdP-Landesvorsitzender habe ich unlängst beim Staatsrat Finanzen deutliche Worte dagegen formuliert.

„ Lüder Fasche, Landesvorsitzender

Die Ruhestandskolleg:innen haben sich ein Berufsleben lang mit hohem Engagement für die Bürger:innen im Land Bremen eingesetzt. Sie müssen sich dabei berechtigt auf das in der Verfassung festgelegte Alimentationsprinzip, auch im Ruhestand, verlassen können.

Eine Einmalzahlung an die Versorgungsempfängenden, auch reduziert auf die individuellen Versorgungsansprüche unter Steuerpflicht, wurde jedoch von ihm kategorisch abgelehnt. Selbst für jene, die erst während der Pandemie in Pension gegangen waren. Dabei hat Rot-Rot-Grün in ihrer Koalitionsvereinbarung und späteren Aussagen nie Zweifel aufkommen lassen, dass sie für die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung von Tarifabschlüssen der TV-L auf die Besoldung steht.

Der Landesvorstand der GdP lehnt die nun auffällige Entkopplung von Besoldung und Versorgung unter einseitiger Benachteiligung der Versorgungsempfängenden strikt ab. Bei den Aktiven dient eine Corona-Sonderzuwendung auch der Überbrückung des langen, 14-monatigen Zeitraums ohne prozentuale Erhöhung der Besoldung, für den die Versorgungsempfängenden aber keinerlei Kompensation erfahren. Die Erhöhung der Versorgungsbezüge soll erst zum 1. Dezember 2022 umgesetzt werden. Hier soll scheinbar bewusst gespalten werden.

Der Landesvorstand der GdP, und zwar nicht nur Versorgungsempfängende, sondern Aktive, Beamtete sowie die Tarifler gleichermaßen, empfinden die scheinbare Verweigerungshaltung des Bremer Senates als unfair, ungehörig und unsolidarisch. Es



Es ist an der Zeit, einfach mal Danke zu zahlen.



wurden wieder mal Erwartungen geweckt, die nun nicht eingehalten werden sollen. Die Enttäuschungen und die Wut sind sehr groß.

Die GdP Bremen hat nicht vor, sich dieser Ungerechtigkeit kommentarlos zu ergeben.

Die „Polizistenseele“ reagiert sehr empfindlich, wenn Ungerechtigkeit gefühlt wird, egal, ob juristisch einwandfrei nachvoll-

„ (aus der Bremer Koalitionsvereinbarung)

Attraktivitätssteigerung der Freien Hansestadt Bremen als Arbeitgeberin ... verlässliche, zeit- und wirkungsgleiche Übertragung von Tarifabschlüssen auf die Besoldung

ziehbar oder nicht. Wir erwarten nun jedenfalls endlich einmal wieder Gesprächs- und

Kompromissbereitschaft. Beides führt seit drei Jahren ein stiefmütterliches Dasein. ■

Die etwas anderen Tarifverhandlungen – auch in Bremen

Oliver Thies

Am 8. Oktober begann die erste Verhandlungsrunde zu den Tarifverhandlungen im Bereich des TV-L. Gleich zu Beginn war klar, dass die Arbeitgeberseite eine Blockadehaltung einnehmen würde und das Thema Arbeitsvorgang das zentrale Thema der Arbeitgeber ist. Der Arbeitsvorgang ist die Grundlage der Eingruppierung unserer Tarifbeschäftigten und war sowohl für die GdP als auch für die anderen Gewerkschaften nicht verhandelbar. Unsere Forderungen nach 5 % mehr Lohn, mindestens aber 150 € zusätzlich, bei einer kurzen Laufzeit, wurden von Arbeitgeberseite als völlig überzogen zurückgewiesen. Ein Verhandlungsangebot der Arbeitgeber blieb, wie zu erwarten, aus.

Die zweite Verhandlungsrunde am 1. und 2. November ließ nichts Gutes erwarten. Wir haben aber zumindest mit einem Angebot der Arbeitgeber gerechnet. Spätestens als der Arbeitsvorgang aus den Verhandlungen ausgeklammert wurde, um eine beim Bundesverfassungsgericht vorliegende Beschwerde abzuwarten, hätten wir ein verhandelbares Angebot erwartet. Dies war nicht der Fall, so ging auch die zweite Verhandlungsrunde ergebnislos zu Ende.

Wir haben uns zu diesem Zeitpunkt schon in den ersten Vorbereitungen zu einem zentralen Warnstreik in Bremen befunden. Da sowohl uns als Landesbezirk Bremen als auch der GEW Bremen und Verdi Bremen, relativ schnell klar wurde, dass wir aus Rücksicht auf die Pandemie nicht zu

einer zentralen Veranstaltung nach Hannover reisen würden.



Als Erstes wurde sich darauf verständigt, dass es in Bremen keine zentrale Kundgebung mit Redebeiträgen usw. geben sollte. Stattdessen haben wir von der GdP eine Menschenkette mit dezentralen Treffpunkten und einem Sternmarsch an die Schlachte vorgeschlagen. Etwas Ähnliches hatte die Kreisgruppe Bremerhaven bei den Tarifverhandlungen 2020 für den TVÖD bereits sehr erfolgreich durchgeführt.

Für den Warnstreiktag haben wir uns Mittwoch, den 24. November 2021 ausgesucht, mit einer zeitlichen Nähe zur dritten Verhandlungsrunde, den die Gewerkschaften sehr individuell gestalten sollten. Wichtig war nur, dass die Menschenkette an der Schlachte um Zwölf Uhr steht!

Am Streiktag haben wir als GdP mit über 150 Teilnehmer:innen einen, wie ich finde, gelungenen Streiktag gehabt. Leider waren die uniformierten Kolleg:innen an einer Hand abzuzählen. Am GdP-Mobil lagen die Streiklisten, Axel Lohmann hatte frischen Kaffee gekocht und die Kollegen Tee-Dee, Wenzel und Borrmann hatten reichlich Croissants besorgt. Somit war für das

leibliche Wohl gesorgt! Das Wetter spielte mit, doch leider hatte der Aufzug von Verdi reichlich Verspätung gehabt. Wir haben aber tapfer an der Knochenhauerstraße, Ecke Sögestraße, auf den Aufzug von Verdi gewartet und uns absprachegemäß an die Spitze gesetzt. Der Aufzug hat sich dann an der Wilhelm-Kaisen-Brücke zusammen mit der GEW auf und neben der Wilhelm-Kaisen-Brücke zu der Menschenkette aufgestellt. Relativ zügig haben wir dann beschlossen, diese aufzulösen, damit alle nach Hause können, um ihre Füße aufzuwärmen.

Die Menschenkette wurde medial gut begleitet, wir wurden auch von der GdP im Bund deutlich wahrgenommen. Im Anschluss an die Menschenkette haben sich Teile des Landesfachausschusses Tarif und Soziales noch in der GdP-Geschäftsstelle getroffen, um bei einem Kaffee ein erstes Resümee des Tages zu ziehen. Danach wurde noch das GdP-Mobil entladen.

Von uns wurde der Warnstreiktag als positiv bewertet. **Wir bedanken uns bei allen Teilnehmenden für die gelungene Veranstaltung!**

Am 27. November 2021 begann die dritte und letzte Verhandlungsrunde, die dann bis zum 29. November 2021 mittags verlängert wurde. Erst am Sonntag lag ein verhandelbares Angebot der Arbeitgeberseite vor, dies galt es, allerdings deutlich zu kritisieren! Immerhin, es gab etwas zu verhandeln!

Am frühen Montagmorgen wurde der Bundestarifkommission der GdP ein weiteres Angebot vorgelegt, welches dann auch dem abgeschlossenen Tarifvertrag entsprach. Das Ergebnis ist von uns als „annehmbar“ für die derzeitige Situation bewert-



Es ist an der Zeit, einfach mal Danke zu zahlen.

ERFOLG SCHAFFT FREIRAUM
 Tarif stärken 2021

tet worden, mehr nicht! Die Bundestarifkommission hat lange über Streikbereitschaft in den einzelnen Ländern in Verbindung mit der pandemischen Lage diskutiert und dann den einstimmigen Beschluss gefasst, diesen Tarifvertrag anzunehmen.

Die Bundestarifkommission tagte regelmäßig schon vor Beginn der Tarifverhandlungen, pandemiebedingt immer als Videokonferenz. Während der dritten Verhandlungsrunde waren wir das ganze Wochenende auf „Stand-by“, um gegebenenfalls spontan in eine Videokonferenz einzusteigen, was dann auch mehrfach der



Fotos (d): GdP Bremen

Fall war. Für den Landesbezirk Bremen sitzen Brigitte Weinhold aus Bremerhaven und ich in der Bundestarifkommission der GdP, zusammen mit Vertretern aus allen anderen Landesbezirken und Vertretern des Geschäftsführenden Bundesvorstandes sowie aus der Geschäftsstelle des Bundes. ■

Die FG Zentrale Dienste hat gewählt

Tina Brandes

Am 9. November 2021 trafen sich Mitglieder der Fachgruppe Zentrale Dienste nachmittags in der Kantine des Polizeipräsidiums, um einen neuen Vorstand zu wählen. Die Wahl wurde notwendig, da aufgrund diverser Abgänge verschiedene Posten nun unbesetzt waren.

Auch unser Landesvorsitzender Lüder Fasche folgte der Einladung und konnte somit als Wahlleiter fungieren.

Zum neuen Vorsitzenden wurde einstimmig Markus Franken gewählt. Unterstützt wird er zukünftig von dem Stellvertreterteam Christin Loroff und Peter Borrmann. Für die Protokolle sind künftig Okko Schmidt und Ralf Woitkowski zuständig. Als Beisitzer stehen nun Tina Brandes, Olli Thies, Andreas Votres, Stefan Wenzel sowie Sven Hoffmeyer zur Verfügung.

Eine ausführliche Vorstellung des Vorstandes der FG Zentrale Dienste erfolgt in Kürze.

Ihr habt Fragen, Anregungen und Wünsche? Ihr seid herzlich eingeladen, euch zu den Themen, die euch bewegen, mit einzubringen! ■



Fachgruppe Zentrale Dienste

Foto: GdP Bremen



Es ist an der Zeit, einfach mal
Danke zu zahlen.



Beteiligungsgespräch zur Arbeitszeitverordnung

Heinfried Keithahn

Nicht immer wurde eine Einigkeit erzielt

Am 6. Dezember fand das Beteiligungsgespräch zur Neufassung der bremischen Arbeitszeitverordnung statt. Acht Teilnehmer trafen sich zu einer Videokonferenz, die für den Senator für Finanzen von Staatsrat Dr. Martin Hagen und für den DGB von der Regionvorsitzenden Annette Düring geleitet wurde.

In die Neufassung der Verordnung über die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten (Bremische Arbeitszeitverordnung – BremAZV) sollten insbesondere die Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung eingearbeitet werden. Es geht also darum, zwingende Mindestschutzbestimmungen zugunsten der Beschäftigten in das bremische Recht zu übertragen.

Darüber hinaus wird ein Paradigmenwechsel angestrebt, indem die tägliche Arbeitszeit jetzt grundsätzlich im Rahmen der gleitenden Arbeitszeit zu leisten ist. Und nicht zuletzt soll ein Lebensarbeitszeitkonto eingeführt werden.

An verschiedenen Stellen konnte mit dem Finanzressort Einigkeit erzielt werden.

Rufbereitschaft

So wurde die Abgrenzung von Rufbereitschaft und Bereitschaftsdienst eindeutiger geregelt. Bei der Definition der Rufbereitschaft wollte der Senat zunächst an der bisherigen Formulierung festhalten. Rufbereitschaft wäre damit die Zeit, während der sich die Beamt:innen auf Anordnung der oder des Dienstvorgesetzten während ihrer dienstfreien Zeit an ihrer Wohnung oder einem von der oder dem Dienstvorgesetzten genehmigten Ort bereithalten müssen, um auf Abruf kurzfristig den Dienst aufnehmen zu können.

Da bei dieser Formulierung der Dienstvorgesetzte letztlich den Aufenthaltsort des Beamten bestimmt, wird die Bewegungsfreiheit über das erforderliche Maß hinaus eingeschränkt. Es muss ausreichen, dass der

Dienst kurzfristig aufgenommen werden kann. Das Finanzressort sagte eine Nachbesserung zu.

Nachtdienst

Der Nachtdienst sollte als ein mehr als zweistündiger Dienst, der zwischen 20 Uhr und 6 Uhr zu leisten ist, definiert werden. Bei dieser Formulierung ist unklar, wie ein Zeitraum bis zu zwei Stunden zu betrachten ist und es besteht die Gefahr, dass sie bei der höchstzulässigen Anzahl von Nachtdienststunden nicht mehr berücksichtigt werden und damit die EU-Richtlinie unterlaufen wird. Im Ergebnis wird die Formulierung „ein mehr als zweistündiger Dienst“ nun gestrichen.

Zusätzlich haben wir gefordert, dass auch Zeiten nach 6 Uhr als Nachtdienst anerkannt werden müssen, wenn zuvor bereits acht Stunden Nachtdienst geleistet wurden. Hier geht es um die sogenannten Anschlusszeiten, bei denen die psychische und physische Belastung sogar noch weiter nach oben getrieben wird. Diese Zeiten müssen mindestens Nachtdienstzeiten gleichgestellt werden. Aus gesundheitlichen Gründen wäre sogar eine überproportionale Berücksichtigung erforderlich. Das Finanzressort hatte durchaus Verständnis für die Forderung, will das Thema aber zunächst im Bereich der norddeutschen Länder abstimmen.

Wöchentliche Arbeitszeit

Wie auch bisher soll die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit 40 Stunden betragen. Unsere Forderung, die Arbeitszeit entsprechend den Regelungen im TV-L zu reduzieren, hatte keinen Erfolg. Wie schon erwartet verwies der Senator für Finanzen auf die Haushaltssituation und die Arbeitszeit der Beamt:innen in anderen Ländern.

Lebensarbeitszeitkonten

Bei der geplanten Einführung von Lebensarbeitszeitkonten standen unsere Position und die des Senats von Beginn an unvereinbar gegenüber. Nach den Planungen des Senats soll auf Antrag einzelner Beamt:innen die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit um bis zu fünf Stunden verlängert wer-

den. Weiterhin können im Jahr noch bis zu 40 Stunden angeordnete oder genehmigte Mehrarbeit dem Konto gutgeschrieben werden. Diese Stunden werden einem gesonderten Lebensarbeitskonto als Zeitguthaben gutgeschrieben, das insgesamt aber höchstens 1.200 Stunden enthalten darf.

Diese Arbeitszeitverlängerung ist nur möglich, wenn Dienstvorgesetzte vorher den personellen Mehrbedarf feststellen und auch für die folgenden vier Monate prognostizieren.

Die Auflösung des Zeitguthabens soll unmittelbar vor dem Eintritt oder der Versetzung in den Ruhestand, vor der Freistellungsphase der Altersteilzeit oder vor Beurlaubungen, an die der Ruhestand unmittelbar anschließen soll, gewährt werden. Der Antrag soll mindestens sechs Monate zuvor gestellt werden. Eine Kombination mit einem Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand, also eine Arbeitszeitverlängerung, ist ausgeschlossen. Eine Auszahlung des Zeitguthabens ist nur im Ausnahmefall vorgesehen.

Abgesehen von der Vergütung am Dienstende, kann auch für die Pflegezeit oder Familienpflegezeit oder eine berufliche Fort- oder Weiterbildung, auf das Lebensarbeitszeitkonto zurückgegriffen werden.

Auch wenn es sich zunächst um einen fünf Jahre dauernden Testlauf handelt, ist diese Regelung nicht akzeptabel. Unter anderem ist sie gesundheitsschädlich und verlagert die Personalprobleme von heute in die nächsten Generationen. Nicht zuletzt sehen wir auch rechtliche Probleme in der Sicherung der Ansprüche.

Da sich der Senat auf dieses Modell festgelegt hat, machte beim Beteiligungsgespräch eine Diskussion über ein alternatives Langzeitarbeitskonto keinen Sinn. Ein Langzeitarbeitskonto unterscheidet sich von der Vorlage zum Beispiel dadurch, dass ein Zeitguthaben nicht bis zum Dienstende aufgehoben wird, sondern innerhalb eines überschaubaren Zeitraums nach den individuellen Wünschen der Beamt:innen aufgelöst wird.

Es bleibt abzuwarten, wie die endgültige Fassung der bremischen Arbeitszeitverordnung aussehen wird und wie möglicherweise in einem späteren Schritt die Arbeitszeitverordnung der Polizei angepasst wird. ■

Es ist an der Zeit, einfach mal
Danke zu zahlen.



Die Kreisgruppe Bremerhaven der Gewerkschaft der Polizei ehrt ihre langjährigen Mitglieder

Brigitte Weinhold

Durch den Kreisgruppenvorsitzenden Benjamin Kieck, dem Vertreter der Senioren, Werner Volkmann, und der stellvertretenden Kreisgruppenvorsitzenden Nicole Füllmich-Penshorn dankte die Gewerkschaft der Polizei ihren langjährigen Gewerkschaftsmitgliedern für ihre Treue.

Das Restaurant Santa Lucia bildete mit einem festlichen Menü den feierlichen Rah-

men für diese Veranstaltung. Bei gemütlicher Atmosphäre tauschten sich die Gewerkschaftsmitglieder rege über alte Zeiten und aktuelle Themen aus.

Mit einem an die Anwesenden gerichteten Dank und der Feststellung: „Gewerkschaften sind in schwierigen Zeiten eine wichtige Institution. Sie sind so stark, wie die Anzahl ihrer Mitglieder“, schloss Kieck seine Ansprache und ehrte

- Frank Bohne, Rainer Hopmann, Volker Ortgies, Uwe Paulsen für **25 Jahre**,
- Michael Brökelmann, Ralf Buggeln, Dirk Eilers, Martina Ennen, Michael Kähms, Regina Knebel, Frank Mehrtens, Anke Peters, Axel Riek und Frank Wolf für **40 Jahre** Gewerkschaftszugehörigkeit.

Bei den pensionierten Kolleg:innen wurden

- Hinrich Hiller und Christa Kappel für **25 Jahre**,
- Werner Hellwege, Herbert Meyer, Michael Niedzella und Johannes Rademann für **40 Jahre**,
- Heinz-Wilhelm Boldt, Thomas Kieck, Erwin Knäpper, Rolf Krüger und Johannes Stange für **50 Jahre** sowie
- Karl Heinz Deters, Wolfgang Schulz, Eckhard Stolle, Manfred Uhde für **60 Jahre** Gewerkschaftszugehörigkeit geehrt.

Unserem Kreisgruppenvorsitzenden war es eine Freude, die gewerkschaftliche Zugehörigkeit wertzuschätzen und er wünschte allen Mitgliedern Gesundheit, Frohsinn und viele weitere Jahre in gewerkschaftlicher Verbundenheit.

Ich schließe mich an – in diesem Sinne unser aller Dank und Grüße

Brigitte Weinhold



Foto: GdP Bremen

Jubilarehrung 2021, Kreisgruppe Bremerhaven der GdP



Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe 2022, Landesjournal Bremen, ist der 3. Januar 2022

Artikel bitte mailen an:
klossi@onlinehome.de



Mitgliederversammlung der Senioren

Harry Kuck

Unter dem Motto „Erfahrung gestaltet Zukunft“ fand die diesjährige Landes seniorenkonferenz am 23. September 2021 im „Hotel Robben“ statt.

55 Personen nahmen an der Mitgliederversammlung der GdP, Fachgruppe Senioren, teil.

Nach der Begrüßung und Eröffnung wurde Hermann Kuhlmann zum Versammlungsleiter gewählt.

Uwe Grote und Eva Grafe wurden als Zähl- und Mandatsprüfungskommission eingesetzt.

Nach der Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Zustimmung zur Tagesordnung, wurden im Gedenken an die im Berichtszeitraum verstorbenen Kolleg:innen eine Schweigeminute eingelegt.

Die Namen der Verstorbenen konnten alle Teilnehmer einsehen.

Leider waren es viel zu viele. Auf zwei Seiten standen 54 Namen!

Grüßworte an die Teilnehmer der Konferenz richteten der Landesbezirksvorsitzende Lüder Fasche, der stellv. Bundesessenorenvorsitzende Ewald Gerk sowie der Senator für Inneres, Ulrich Mäurer.

Der Geschäftsbericht der Fachgruppe Senioren wurde von Walter Liebetrau vorgetragen.

Im Anschluss wurde der bisherige Vorstand entlastet.

Unser langjähriger Vorsitzender Wolfgang Karzenburg hatte schon vor längerer Zeit angekündigt, dass er für eine weitere Wahlperiode nicht mehr zur Verfügung steht.

Ebenso erklärten Eckhard Lindhorst und Horst Albinger ihren Verzicht auf eine weitere Amtszeit.

Walter Liebetrau, wollte nicht erneut für den stellvertretenden Vorsitz kandidieren, bot aber seine Mitarbeit als Beisitzer an.

Alle zur Wahl vorgeschlagenen Kandidat:innen wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimme gewählt.

Vorsitzender:
Heinfried Keithahn

Stellv. Vorsitzender:
Harry Kuck

Stellv. Vorsitzender:
Werner Volkmann
(Aufgabenbereich Bremerhaven)

Schriftführer:
Rainer Holdorf

Beisitzer:
Walter Liebetrau

Beisitzer:
Anne Bauer

Beisitzer:
Uwe Schröter

Der neue Seniorenvorsitzende wurde auch für den geschäftsführenden Landesvorstand gewählt.

Außerdem erfolgte die Wahl eines Mitglieds und eines Stellvertreters für den Landeskontrollausschuss. Gewählt wurden Lonio Kuzyk und Heinz Pusch.

Rainer Holdorf und Werner Volkmann wurden auch in den Landesbeirat gewählt.

Als Delegierte für die Bundesessenorenkonferenz werden Heinfried Keithahn, Harry Kuck und Werner Volkmann teilnehmen. Als Ersatz wurde Walter Liebetrau benannt.

Für den LFA Beamten- und Besoldungsrecht wurden Rainer Holdorf, Dieter Uedinck und Ralf Werner und für den Landesfachausschuss Tarif und Soziales Joachim Rehberg vorgeschlagen und gewählt.

Im weiteren Verlauf wurden die Delegierten/Ersatzdelegierten für den Landesdelegiertentag gewählt.

Neben dem Leitantrag (hierzu haben wir bereits in der Deutschen Polizei berichtet), wurde über zwölf Anträge befunden.

Nachfolgend aufgeführte Anträge standen auf der Tagesordnung und wurden im Einzelnen beraten:

1. Bundeseinheitliche Versorgung
2. Keine weiteren Kürzungen der Versorgung
3. Rücknahme der Versorgungskürzungen für Hinterbliebene
4. Streichung des Mindestfaktors in der Versorgung
5. Sonderzuwendung
6. Altersarmut bekämpfen
7. Anhebung des Beihilfesatzes für Empfänger von Versorgungsbezügen
8. Änderung SGB V
9. Anhebung des Existenzminimums bei stationärer Pflege
10. Verpflichtende Beratung zur Auswirkung der Heilfürsorge auf die Mitgliedschaft in Krankenversicherungen durch den Dienstherrn einführen
11. Ruhestandsausweise für in den Ruhestand getretene Polizeivollzugsbeamt:innen einführen



Es ist an der Zeit, einfach mal
Danke zu zahlen.



12. Quartalsmäßige Informationsschrift

Die Anträge 1 bis 11 wurden in der vorgelegten Fassung angenommen. Der Antrag 12 wurde mit einer Änderung angenommen.

Heinfried Keithahn machte in seiner Rede nochmals deutlich, dass einerseits die gute Arbeit der Fachgruppe Senioren in

der bewährten Ausrichtung fortgeführt werden soll, aber andererseits auch Impulse für neue Ideen gegeben werden müssen.

Insgesamt waren es sehr unterhaltsame Stunden mit guten Ergebnissen.

Wir danken den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern für die langjährige aus-

gezeichnete Arbeit. Insbesondere die Arbeit von Wolfgang Karzenburg kann man gar nicht genug würdigen!

Wir sehen uns sicherlich auch weiterhin im „Grollander Krug“. ■

GDP-Fachgruppenseminar Zentrale Dienste, vom 27. September bis 29. September 2021 in Tossens

Christin Loroff

Bei fast sommerlichen Temperaturen, blauem Himmel und Sonnenschein stand unser diesjähriges Fachgruppenseminar am ersten Tag ganz im Fokus des Tarifrechts.

Als Gäste durften wir Brigitte Weinhold aus Bremerhaven und René Klemmer aus Mannheim begrüßen.

Brigitte ist gemeinsam mit Oliver Thies in allen Sachen rund ums Tarifrecht für den Landesbezirk Bremen unterwegs.

Mit René haben wir uns nicht nur den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Tarif, sondern auch eine echte Koryphäe in Sa-

chen Tarifrecht von der Bundes-GdP ins Gästehaus an der Nordsee geholt. Er führt sonst die Tarifverhandlungsgespräche in Berlin. Damit sollte dieses Thema spannend werden! Unsere Erwartungen wurden absolut erfüllt, vielleicht sogar bei dem ein oder anderen noch übertroffen.

Auch die teilnehmenden Polizeibeamten waren spätestens nach diesem gelungenen und für alle verständlichen Vortrag im Bereich Tarifrecht sprachfähig.

Die Tarifverhandlungen, die am 8. Oktober 2021 starteten, gehen mit Forderungen von 5 % bzw. einem Minimum von 150 Euro Erhöhung im Monat ins Rennen. Dies ist insbesondere für die niedrigen Entgeltgruppen 5 bis 8 relevant. Zudem sind eine stufengleiche Höhergruppierung und die Angleichung



Tina Brandes und Christin Loroff genießen das schöne Wetter während der Mittagspause.

Fotos: (3) GDP Bremen



Brigitte Weinhold, René Klemmer und Oliver Thies

der Arbeitszeit zwischen Ost und West vorgesehen, da im Osten noch immer länger gearbeitet wird.

Es wurde viel diskutiert innerhalb der Gewerkschaften, wie die Forderungen auszusehen haben. Das neu verhandelt werden muss, steht aber außer Frage, da der aktuelle Tarifvertrag ausläuft.

Wer bei den Abkürzungen BAG, TdL, VBL oder ATV noch folgen konnte, sollte abwarten bis wir zum Kernpunkt der gewerkschaftlichen Verhandlungen bzw. Nichtverhandlungen kamen! Arbeitsvorgang war das Schlagwort des Tages, das sich sicher allen in irgendeiner Art und Weise ins Gedächtnis eingebrannt hat!

Die TdL möchte Änderungen an den Arbeitsvorgängen, heißt, eine Aufspaltung von Arbeitsvorgängen vornehmen mit dem Ergebnis, dass die Wertigkeit der Arbeitsplätze gedrückt wird.



Es ist an der Zeit, einfach mal Danke zu zahlen.



Dem stehen die Gewerkschaften mit einer klaren Botschaft gegenüber – das ist nicht verhandelbar!

Wie allen, die schon einmal dort vor Ort ein Seminar oder eine Tagung besuchen durften, bekannt sein dürfte, gab es in den Pausen mehr als reichhaltig Fisch und andere leckere Hausmannskost und zum Nachtisch Sonne satt. Der Spaziergang am Wasser bzw. im Watt brachte beinahe Sonnenbrandgefahr. Nachmittags wurde „Kaffee und Kuchen“ kurzerhand nach draußen verlegt, u. a. in den nahen Strandkorb.

Tag zwei startete mit einigen Ergänzungen zum Tarifrecht für alle, die noch nicht genug vom Vortag hatten. Nachdem wir René und Brigitte am Vormittag verabschiedet hatten, begannen wir den Landesdelegiertentag mit den entsprechenden Anträgen vorzubereiten.

Am Nachmittag wurde unsere Direktionsleiterin der ZPD, Frau Andrea Wittrock, stellvertretend für unseren Polizeipräsidenten Dirk Fasse, bei blauem Himmel und Sonnenschein – wie soll es anders sein – empfangen?! Die zuvor vorbereiteten Fragen bzgl. Strategie PP, Personal etc. wurden spontan moderiert durch Christin Loroff, an Frau Wittrock herangetragen, die ausführlich Rede und Antwort stand.

Beim Personal soll bei der Direktion K im Moment kein Fehlbestand aufgrund der umfangreichen EncroChat-Verfahren entstehen. Dies ist gegenwärtig auch der Bundes-trend. Am 30. September 2021 kommen 96 fertige Auszubildende in die Fläche. Vorrang besteht momentan beim 110-Prozess sowie den Sonderlagen. Die Züge der Bereitschaftspolizei sollen auf 1 : 25 aufgestockt werden. Zwar werden dieses Jahr 225 neue Kolleg:innen ausgebildet (25 davon in Niedersachsen/Oldenburg), dennoch bleibt bis zu deren Abschluss ein Engpass in den nächsten zwölf bis 24 Monaten. Übrigens zahlt Bremen für 25 Studenten 250.000 Euro pro Jahr an Niedersachsen, quasi als „Miete“ u. Ä.



Teilnehmer des diesjährigen Fachgruppenseminars (es fehlt Christin Loroff)

Die Direktion Z läuft mit all ihren Abteilungen gerade in Vollast. Bei Z 4 sind gegenwärtig Vollzugstellen in Nichtvollzugstellen umzuwandeln.

Stichwort IuK – die IuK-Priorisierung ist mittlerweile ein bewährtes System, sodass überlegt wird, dies auch für die anderen Abteilungen ein- bzw. fortzuführen.

Der geplante Feierabend für 18.30 Uhr war aufgrund der vielen Fragen an Andrea Wittrock kaum zu halten. So ging es dann mit etwas Verspätung wieder zu einem reichhaltigen Abendessen (Anmerkung der Verfasserin: Hätten wir da vor Ort eine 14-tä-

gige Quarantäne verbringen müssen, hätte unser GdP-Bus als Schwertransport zurückfahren müssen!). Ein großer Dank an dieser Stelle für die hervorragende Bewirtung!

Am dritten und letzten Tag wurden nochmals Anträge für den Landesdelegierten vorbereitet. Bevor die Seminarteilnehmer den Heimweg antraten, gab es natürlich wieder ein reichhaltiges Mittagessen.

Das nächste Fachgruppenseminar „Zentrale Dienste“ findet voraussichtlich vom 16. bis 18. November 2022 statt. Dann wieder mit tollen Gästen und interessanten Themen.

Wir sehen uns in Tossens! ■

DP – Deutsche Polizei
Bremen

Geschäftsstelle
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon (0421) 949585-0
Telefax (0421) 949585-9
www.gdp.de/bremen, bremen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78,
28195 Bremen